



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1914

20 (13.1.1914) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-163146](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-163146)

Abonnement: 70 Pfg. monatlich, Bringerlohn 30 Pfg. durch die Post inkl. Postaufschlag Mk. 3 42 pro Quartal Einzel-Nr. 5 Pfg. Inserate: Kolonial-Beile 30 Pfg. Reklame-Beile 1.20 Mk.

General-Anzeiger



der Stadt Mannheim und Umgebung

Telegramm-Adresse: „General-Anzeiger Mannheim“
Telephon-Nummern: Direction und Buchhaltung 1449 Buchdruck-Abteilung 341 Redaktion 377 Exped. u. Verlagsbuchhdlg. 318

Badische Neueste Nachrichten

Täglich 2 Ausgaben (außer Sonntag) Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung Eigenes Redaktionsbureau in Berlin
Schluß der Inseraten-Aufnahme für das Mittagsblatt morgens 4 9 Uhr, für das Abendblatt nachmittags 3 Uhr

Beilagen: Amtliches Verkündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim; Beilage für Literatur und Wissenschaft; Unterhaltungsblatt; Beilage für Land- und Hauswirtschaft; Technische Rundschau; Mannheimer Schachzeitung; Sport-Revue; Wandern und Reisen und Wintersport; Mode-Beilage; Frauen-Blatt.

Nr. 20.

Mannheim, Dienstag, 13. Januar 1914.

(Abendblatt.)

Die heutige Abendausgabe umfaßt 10 Seiten.

Unnötiger Pessimismus.

Das deutsche Volk stirbt noch nicht aus!

Man schreibt uns:

Wir sind die letzten, die sich gegenüber der nachweislich von Jahr zu Jahr geringer werdenden Zahl der Geburten im Deutschen Reich gleichgültig verhalten würden, wir können es aber andererseits nicht billigen — schon wegen des ungünstigen Eindeutigen, das derartige Dinge im Auslande hervorgerufen müssen —, wenn man sich in Uebertreibungen ergeht, als ob in absehbarer Zeit das deutsche Volk aussterben müßte, wie es etwa bei den Bewohnern mancher Südfelsen geschieht.

Die in dem soeben erschienenen letzten Vierteljahrshefte der Statistik des Deutschen Reiches für 1913 aufgemachte Statistik für das Jahr 1912 in Verbindung mit einer Uebersicht über die Bevölkerungszunahme des Deutschen Reiches seit 1872, also seit 40 Jahren, zeigt, daß zu demartig übertriebenen Besorgnissen kein Anlaß vorliegt. Allerdings sind auch im Jahre 1912 die Geburten absolut wie relativ zurückgegangen, aber der Rückgang ist erheblich geringer als in den drei vorangegangenen Jahren. Im Jahre 1909 betrug er 1,94 auf 1000 Einwohner, im Jahre 1910 waren es 1,28, im Jahre 1911 1,23, im Jahre 1912 aber nur 0,36. Der relative Rückgang ist also nur ein Drittel bis ein Viertel so groß wie in den drei letzten Jahren. Man darf daraus schließen, daß die rückläufige Bewegung abebbt und vielleicht bald zum Stillstand kommen wird.

Dem erfreulicherweise geringer gewordenen Rückgang der Geburten steht ein noch viel erfreulicherer sehr erheblicher Rückgang der Sterbeziffer gegenüber. Es sind im Jahre 1912 über 100 000 Menschen im Deutschen Reich weniger gestorben als im vorangegangenen Jahre. Allerdings war ja das Jahr 1911 wegen des bekannten sehr heißen Sommers recht ungünstig, aber selbst in diesem in seinen klimatischen Verhältnissen so unerschulichen Jahre war der Prozentsatz der Gestorbenen zwar etwas größer als in den beiden vorangegangenen Jahren, aber immer noch geringer als in allen Jahren vor 1909. Der Prozentsatz der Gestorbenen im Jahre 1912 aber ist mit 1,64 geringer, als er jemals seit dem Bestehen des Deutschen Reiches gewesen ist. De-

nn das Jahr 1912 in klimatischer Hinsicht keineswegs ungewöhnlich bevorzugt war, so hat man anzunehmen, daß die rückläufige Bewegung in der Sterbeziffer, die seit Jahren zu beobachten ist, nur im Jahre 1911 durch die damaligen besonders ungünstigen Witterungsverhältnisse eine Unterbrechung erlitten hat, aber, wie 1912 beweist, durchaus noch nicht zum Stillstande gekommen ist. Wenn insbesondere die so dankenswerten Bemühungen der Verringerung der Säuglingssterblichkeit Erfolg haben sollten, so ist es keineswegs ausgeschlossen, daß Deutschland in der durchschnittlichen jährlichen Sterbeziffer bis auf 12 oder 13 vom Tausend heruntergeht. Träfen nun beide hier ausgesprochenen Hoffnungen ein, nämlich der Stillstand im Geburtenrückgang und die Herabdrückung des Sterbeziffer auf 12 oder 13, so würden späterhin auf 1000 Einwohner 29 Geburten und etwa 12 oder 13 Todesfälle kommen.

Trifft aber diese Erwartung ein — und die Statistik für 1912 läßt sie nicht als unberechtigt erscheinen —, so braucht man ein künftiges Wiederanstreigen der Geburtenziffer gar nicht zu wünschen. Deutschland würde unter der hier angenommenen Voraussetzung jährlich um rund eine Million zunehmen, und das scheint vollkommen ausreichend sowohl vom militärischen Standpunkte aus wie unter dem Gesichtspunkte ständig fortschreitender Entwicklung unseres Wirtschaftslebens.

Im übrigen bietet die Statistik für 1912 und der damit verbundene Uebersicht über die letzten 40 Jahre auch ein nicht ungünstiges Bild vom sittlichen Standpunkte aus, nämlich hinsichtlich der Frage der unehelichen Geburten. Im Jahre 1912 selbst allerdings kamen auf 100 Geburten 9,55 uneheliche, was der höchste Prozentsatz seit 1872 ist; nur das Jahr 1884 kam mit 9,51 in dieser Hinsicht nahe an 1912 heran. Wenn man aber nicht nach den Zufälligkeiten eines einzelnen Jahres geht, sondern nach Jahrzehnten rechnet, was ja ein viel zuverlässigeres Bild gibt, so zeigt sich für die letzten 30 Jahre, daß zwischen 1883 und 1892 der Jahresdurchschnitt der unehelichen Geburten 9,29 ausmachte, in dem folgenden Jahrzehnt 9,00 und in dem Jahrzehnt von 1903 bis einschließlich 1912 nur noch 8,80. Der Prozentsatz der unehelichen Geburten ist mithin von Jahrzehnt zu Jahrzehnt herabgegangen. Allzu weitgehende Schlüsse auf eine Besserung der sittlichen Verhältnisse hieraus zu ziehen, wäre freilich verfehlt, denn es sprechen da oft mancherlei andere Momente mit, auf die hier eingegangen zu weit führen würde.

Alles in allem aber darf man sagen, daß die

neueste Statistik der natürlichen Bevölkerungs-bewegung in Deutschland dazu angetan ist, übermäßigen Pessimismus einzudämmen. Wir stehen in dieser Hinsicht jedenfalls noch sehr viel besser da als die meisten anderen Nationen, und wir brauchen uns vor einem Aussterben des deutschen Volkes noch lange nicht zu fürchten.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 13. Januar.

Zum „Mißtrauensvotum“ des Herrenhauses.

Im Herrenhaus ist der Antrag des Grafen Yorck, der an die Adresse der preussischen Regierung die mehr oder weniger sanfte Mahnung richtet, den demokratischen Machtgefühlen mehr Widerstand zu leisten, mit 185 gegen 20 Stimmen bei 3 Enthaltungen, angenommen worden. Die Abstimmung der Zwanzig ist vielfach mißverstanden worden. Wir gehen daher hier wieder, was zu ihrer Begründung der Prinz zu Schöenaich-Carolath ausführte:

„Ich bin der Ueberzeugung, daß weder der Berichterstatter noch Graf Yorck ein Mißtrauensvotum oder einen Vorstoß gegen den Reichskanzler beabsichtigt haben, nachdem sie das ausdrücklich erklärt haben. Vielen Ausführungen des Grafen Yorck kam ich zustimmen, anderen nicht. Im Laube aber wird man zweifellos diese Abstimmung als einen Vorstoß gegen den Reichskanzler und die Regierung ansehen. Das können und wollen wir nicht mitmachen. Deshalb wird ein großer Teil meiner Freunde gegen den Antrag stimmen.“

Auf den Jurist von der Mechten: „Das wollen wir ja nur erfahren“, sowie auf die Denkschrift des Herrn v. Buch, daß es gerade den Mitgliedern des Herrenhauses vollkommen gleichgültig sein müsse, was die Leute im Lande sagen, und daß man eine solche Rücksichtnahme den Parlamenten überlassen müsse, die auf Wahlen beruhen, erwiderte dann Prinz zu Schöenaich-Carolath, daß er eine namentliche Abstimmung durchaus nicht scheue, er habe seiner Erinnerung nach bei den außerordentlich zahlreichen namentlichen Abstimmungen, die er in seinem politischen Leben mitgemacht habe, sich noch nie der Stimme enthalten, sondern stets den Mut gehobt, seiner Ueberzeugung offenkundig Ausdruck zu geben; er werde das auch jetzt tun. Es könne daher ihm persönlich vollkommen gleichgültig sein, ob die Abstimmung eine namentliche sei oder nicht,

Eine „hohe geistliche Stelle“ gegen den Erzbischof von Köln.

Die „Kölner Richtung“ scheint sich mit dem „Rückzug“, den der Kölner Erzbischof in Sachen der christlichen Gewerkschaften angetreten, abgefunden zu haben; nicht so die Gegenseite. Hier wird sogar von hoher geistlicher Seite in Oppersdorffs „Macheit und Wahrheit“ (Nr. 2 vom 11. Januar) offen gegen den Erzbischof mobil gemacht. „Die Erläuterung“ seiner Rede sei gänzlich verfehlt; die Enzyklika des Papstes Singulari quadam sage gegen die erzbischöflich empfohlene „Förderung“ der Gewerkschaften deutlich, daß es verwerflich sei zu verlangen, daß die Gewerkschaften eingeführt werden. Die „hohe geistliche Stelle“ schreibt sehr unmissig:

„Hätte der Herr Erzbischof die Enzyklika wirklich gegenwärtig? Wo findet sich in ihr auch nur ein Wort, das den Bischöfen erlaubt sei, die christlichen Gewerkschaften zu empfehlen? Kann die Furcht vor der Sozialdemokratie diese Empfehlung gegen den ausdrücklichen Wortlaut der Enzyklika rechtfertigen? Kann diese Furcht irgendwie beschönigen, den Wortlaut der Enzyklika in ihr Gegenteil umzukehren? Der Herr Erzbischof geht aber noch weiter. Die Enzyklika verbietet jeden Zwang gegen die rein katholischen Arbeiterorganisationen; der Herr Erzbischof aber macht es seinem Klerus zur Pflicht, die christlichen Gewerkschaften zu fördern und zu pflegen. Er zwingt also moralisch seinen Klerus, die christlichen Gewerkschaften einzuführen, während der Papst dieses ausdrücklich verbietet. Kann also der Herr Erzbischof behaupten, er stehe nicht in Widerspruch mit der Enzyklika Singulari quadam? Verlangt er nicht vielmehr gerade das Gegenteil dessen, was die Enzyklika verlangt?“

Schließlich behauptet der Briefschreiber sogar, der Erzbischof von Köln führe das katholische Volk irre; wenn ein anderer so spräche wie er, würde das der reine Hohn auf die päpstliche Enzyklika sein; und was zu fordern sei, sei folgendes:

„Möge der Herr Erzbischof nun endlich und offen erklären: Keine Worte stehen nicht im Einklange mit der Enzyklika; diese enthält nicht die Pflicht, die christlichen Gewerkschaften zu fördern und zu pflegen, sondern im Gegenteil verbietet dieses. Dann gibt er seinen Schülern Glühlampen erhalten Laute in einem Kostüm tanzt, das mit vielen hundert elektrischer Lampen besetzt ist. Eine Serpentinlänglerin aus der Lichtstadt Paris will ihr aber demnach den Rang streitig machen durch ein geheimnisvoll leuchtendes Kostüm, dessen Licht- und Farbenpracht durch phosphoreszierende Salze erzeugt werden soll, mit denen das ganze Kleid durchtränkt ist.“

Auch der „Sphenetrid“ wird schon längst von unseren Musikanten in mannigfacher Weise verwendet. Darum beruht z. B. die jetzt wohl in der Varietetrumpfkammer verschwundene, einst viel bewunderte „Musik Die lebende Wasserzige“. Gleich der Fischjungfrau und mit einem respektablen Fischschwanz versehen, lag die junge Dame, allerlei Schwimmbewegungen ausführend, auf einer Glasplatte, unter der der erfinderische Regisseur einen Meergrund mit Rotalgen und Seetieren dargestellt hatte. Ein in schräger Lage angebrachter Spiegel gab das Bild der Seesjungfrau samt dem des Meeresbodens vereint zu einer recht hübschen Täuschung dem kühnen und Publikum wieder.

Besonderes Interesse finden jederzeit auf der Varietébühne die in verschiedenartigster Ausmachung angelegten Entseelungskünste das Befreien aus verschütteten und verriegelten Koffern, verschlossenen Kisten und dergleichen. Der Trick mit dem Ausbrechen aus dem verschlossenen Riesentierfell wurde vor einigen Jahren in Frankfurt a. M. von einem Zirkusangestellten sehr wider Willen des „Kundredes Königs“ enthüllt. Die Kunst bei diesem Trick besteht lediglich darin, daß der Artist in dem

Feuilleton

Variete-Geheimnisse.

Von Ernst Heerdegen.

Wischen Schwindel ist nett — wischen Schwindel muß sein. . . so heißt es in einer modernen Dorette. Das schelmische Versehen paßt famos auf mancherlei Wunder, die uns die vielgestaltige Welt des Varietés bietet. Wischen Schwindel ist nett! Wer beschwindelt uns netter und liebenswürdiger, als just unsere modernen Doyennellen, die geheimnisvollen Nachfolger des Doktor Fausts!

Mit was für einfachen Mitteln die heutigen, wie die früheren Zauberer, Musikanten, Manipulatoren, Verschlingenteure und, wie sie sich sonst noch nennen mögen, die verblüffendsten Wirkungen erzielen, ist erstaunlich. Gar viele ihrer Tricks sind aber schon von altersher überliefert.

Das Wunderland Indien zumal kennt seit Jahrhunderten schon manche wertvolle Requisiten der modernen Zauberei. So ist z. B. ein hübsches Zauberkunststückchen, das Wachsen lassen eines jungen Hämmerchens, indischen Ursprungs. Unter dem Hokus-Bokus des Meisters wird eines der ziemlich großen Samenlörner des Mango-Baumes in ein Erbhäuschen eingepflanzt. Darüber kommt ein Tuch, und unter dem Tuche entspringen aus dem Samen junge

Trieb. Wieder deckt der Zauberer das Tuch darüber, und dem erstanten Auge bietet sich nun ein wirkliches frisches Wämmchen. Die Schöpfung, die man zunächst sieht, waren in dem ausgehöhlten Inneren des ziemlich großen Samens zusammengepackt und erst unter dem Tuch von des Meisters Hand geschickt entfaltet worden. Das Wämmchen selbst entsteht dann durch das nicht minder geschickte Auseinanderbreiten der vordem eng zusammengewickelten Blätter der Schöpfung.

Indien ist bekanntlich auch das Heimatland der Fakire, deren erfolgreiche Nachahmer wir jetzt des öfteren auf unseren Varietébühnen sehen. Die „Erziehung zum Fakir“ muß frühzeitig beginnen. Die künftigen Fakire werden meist schon im zartesten Kindesalter für den Beruf „präpariert“. Den armen Wesen werden z. B. die Wangen mit glühenden Nadeln durchstochen. Es bilden sich dadurch kaum sichtbare Kanäle, die bei den späteren Produktionen der Fakire ohne besondere Schmerzgefühle erneut Nadeln aufnehmen können. Wie die Wangen, so werden auch die Handflächen und Fußsohlen auf diese oder ähnliche Weise, durch Abknetung oder auch durch besondere Salben unempfindlich gemacht.

Ein amüsantes Kapitel aus dem Reich der Zauberei sind die sogenannten „schwarzen Kabinette“. In diesen Kabinetten spielt die wichtigste Rolle ein Erbsen, auf das der unbefangene Zuschauer in der Regel am wenigsten achtet: die schwarze Sommerbekleidung der Wände, des Bodens und der Decke, gegen die sich die weiße Gewandung des Meisters voben

so wirksam abhebt. Wenn eine vertraute Geheißte, schwarz kostümiert wie die Königin der Nacht, völlig unsichtbar dem Publikum, freudliche Handlangerdienste tut, ist es für den „Herrn der Geister und Gespenster“ recht einfach, die merkwürdigsten Dinge scheinbar aus dem Nichts hervorzubolen. Die Geisterhand der vom Kopf bis zum Fuß schwarz verummerten Geheißten kann natürlich auch ohne Schwierigkeit Gegenstände aus einem Gefäß in das andere, weit entfernte, bringen, während der Meister die notwendige Routine durch allerlei Hokus-Bokus, durch das beliebte Pistolenschließen und dergleichen ausfüllt.

Die Zauberkünste, die wir in unseren modernen Varietés bewundern, verschmähren im allgemeinen das „schwarze Kabinett“. Sie machen sich dagegen mit großem Geschick all die Vorteile nutzbar, die ihnen die moderne Bühneneinrichtung an die Hand gibt, z. B. die Versenkungen, die durch entsprechend fokierte Tepelide markiert werden. So verschwindet die Maid im Dorenkostüm unter einem von der Decke herabgelassenen Jelddach lautlos, um nach einiger Zeit, wenn sie in der Versenkung Toilettenwechsel vorgenommen hat, unter demselben Jelddach als solche Tirolerin wieder zum Vorschein zu kommen.

So arbeitet die „schwarze Kunst“ sehr erfolgreich mit der Finsternis. Um wie viel wunderbarer aber sind erst die Tricks, die in unseren großen Varietés mit Hilfe des Lichtes, mit Benutzung der mannigfachen elektrischen Lichteffekte hervorgerufen werden. Da ist z. B. eine junge Tänzerin, die in einer von Tausend von

Dieserjen die richtige Belehrung und erweist der Wahrheit den schuldigen Dienst und die gebührende Ehre! Man darf auf die Antwort aus Wien gespannt sein.

Für die Kirche.

In Berlin hat der Evangelische Bund am letzten Sonntag aktiv dadurch in den Kampf gegen die Kirchenaustrittsbewegung eingegriffen, daß er nicht nur vor zahlreichen Kirchen, sondern auch am Schluß der vielfach sehr schlecht besuchten Agitationsversammlungen Flugblätter verteilte, in denen vornehmlich die Austrittsbewegung aus der Kirche und der Austritt aus der Kirche auch einmal von der Seite betrachtet, die noch wenig in der öffentlichen Diskussion hervorgehoben worden ist. Viele Austrittende, heißt es in dem einen Flugblatt, wähen vorwärts, ins Land grüßiger Freiheit und Aufklärung zu kommen. Aber sie verlieren mit der religiösen Gemeinschaft auch den religiösen Halt und geraten, heimlos geworden, oft bald in seltsamen Aberglauben: nicht vorwärts kommen sie, sondern rückwärts. Auf verworrene, unklare religiöse Begriffe mit schließlich die Mährchenfäden und falscher Menschenfahrungen größten Einfluß aus.

Und an anderer Stelle heißt es: Dem Christentum, dem Protestantismus dankt unser Volk — die größten deutschen Männer bezeugen es — das Beste seiner Kultur. Aber auch geistige Güter lassen sich nicht ohne die festen Formen der Organisation pflegen. Ein Staat wird leicht zerbrochen, ein festes Bündel niemals. Wie will man unserm Volke jene Güter erhalten, wenn man die Stütze der Pflege evangelischen Christentums, seine von den Vätern überlieferte Organisation, die evangelische Kirche schwächt oder untergräbt? Wer schützt denn unser Volk vor futuristischem Rückfall, vor Rückfall in mittelalterliches Dunkel? Und wer von den Führern der Austrittsbewegung wird imstande sein, den verführten Opfern der Agitation einen Ersatz zu bieten für das, was sie an Erziehung zu sittlichem Ernst, Pflege pietätvoller Gesinnung, an Konzentration, an häuslichem Frieden verlieren? Man behauptet, die Bewegung richte sich wohl gegen die Kirche, aber nicht gegen die Religion, denn Religion sei in Privatleben. Nein, Religion ist zwar Privatfache, innerstes Erlebnis, festes Glied, Friede mit Gott, aber Religion ist auch Volkssache.

Das Flugblatt schließt mit einem Appell und dem Ausdruck des Vertrauens: Nicht die Kirche verlassen, sondern in ihr und an ihr zu arbeiten, damit sie sich nicht verschlechtere, sondern unsere Aufgabe, ist unser evangelisches Recht. Jetzt schon fragen manche Väter und Mütter, die unbedachtlos den Schritt aus der Kirche getan haben, ob man ihre Kinder laufen, erziehen, einpflanzen werde, nicht wenige Angehörigen erbitten die Hilfe der Krankenpflegerinnen und den Tröst der Betrüger an Sterbebetten und Särgen. Das religiöse Bedürfnis, das Verlangen nach Halt in einer christlichen Gemeinschaft ist hier, als mancher leichthin meint.

Badischer Landtag.

Justiz-Kammer. — II. Sitzung.

Karlsruhe, 13. Januar.

Präsident Mohr hat die Sitzung um 10 Uhr im Regierungsgebäude: Staatsminister Dr. Freyher v. Dusch, Minister des Innern Dr. Freyher v. Bodman, Kultusminister Dr. Böhm, Finanzminister Dr. Rehnholdt, Regierungskommissare. Haus und Tribunal sind gut besetzt. Sekretär

Stagant, in dem die die Gabelöffnungsstehende Klappe eingesetzt wird, von innen einen Reim bei der Klappe so geschickt einzieht, daß nachher beim Herausziehen des Seiles die Klappe und damit zugleich auch die zum Beschluß verwendete Mutterschraube sofort gelockert wird. Durch einen Drost, den der Zuschauer durch das Spindloch sieht, wird dann von außen die Mutterschraube weiter gedreht, bis sie schließlich ganz ausfällt. Das alles ist eine Arbeit von einigen Minuten. Noch einfacher ist das Einweichen aus dem fest verschraubten und verschweißten Koffer, der so eingesetzt ist, daß die eine Wand von innen nach innen umgelegt ist. In denselben Augenblick, in dem sich der Vorhang über dem Koffer und seinem lebenden Inhalt schließt, öffnet der Sekretär mit aller Zerlesenheit die also präparierte Kofferseite und schließt gewandt durch die verschweißten Schlitze, die natürlich gänzlich unversehrt bleiben.

Die berühmte „Schleichenfahrt“, die tollkühne Reiten mit dem Fahrrad oder gar mit dem Auto ausführen, ist mit Lebensgefahr verbunden, wenn sie, wie dies übrigens wohl meistens geschieht, ernstlich ausgeführt wird. Dennoch gibt es auch hier Mittel, die an sich schwierige Produktion in ungefährlicher Weise auszuführen. So wurde einmal in Amerika ein Schleichenfahrer von einem Clown entlarvt. Der Trick hatte keine Schelle mit einer für das Publikum unsichtbaren Klippe versehen, in der das Rad ziemlich sicher ist. Der dumme August, der eines Tages in der Verlesung hängen blieb, verziet aus Heizer und Reid den „Trick“ des Schleichenfahrers.

Müller (Heiligkreuz; Koll.) verläßt die Eingänge, unter denen sich wieder einige Petitionen befinden. Das Haus tritt in die Tagesordnung ein. Der Gesetzentwurf über die Aufbesserung gering besoldeter Beamter aus Staatsmitteln wird an die Budgetkommission verwiesen. Es beginnt soeben die

allgemeine Finanzdebatte.

Die Redner des Zentrums.

Abg. Kops (Ztr.) ergreift als Vorsitzender der Budgetkommission als erster Redner das Wort. Einer alten Übung entsprechend spricht bei der allgemeinen Finanzdebatte immer als Erster der Vorsitzende der Budgetkommission. Da aber diese noch nicht Zeit gehabt habe, den ganzen Vorschlag zu beraten, habe man beim Ausschuß der Vertrauensmänner angeregt, sämtlich gleich den Vortragsrednern das Wort zu geben. Die Rednungen waren aber im Senatentwurf darüber geteilt. Der nächste Landtag wird sich mit dieser Frage eingehend zu befassen haben. Der Redner gibt im allgemeinen seine persönliche Meinung über den Staatsvoranschlag zum besten. Eingehend beschäftigt er sich mit der Rede, die der Finanzminister Dr. Rehnholdt in der 3. öffentlichen Sitzung über die Finanzverhältnisse des Großherzogtum Badens gehalten hat und gibt seiner Freude über die günstige Finanzlage Ausdruck. Eine große Befriedigung für uns sei, daß die Finanzlage unteres Eisenbahnenwesens gegenüber früheren Jahren sich wesentlich gebessert habe. Immerhin haben wir aber keinen Grund zu übertriebenem Optimismus. Der Redner fragt die Regierung, ob jetzt, nachdem die größeren Bahnhöfe nahezu fertig seien, beabsichtigt sei, das ganze ursprüngliche Bauprogramm weiterzuführen oder ob nicht ein langsames Tempo angefaßlagen werde. Im Interesse der gegenwärtigen Geldverhältnisse dürfe sich das empfehlen.

Der Herr Finanzminister habe gesagt, daß die notwendige Gehaltssteuern-Revision in zwei Jahren eine Erhöhung der Steuern im Gefolge haben werde. Vor einer solchen warnt der Redner dringend, befragt aber die Erhöhung der Gehälter der Beamten. Die Staatsbeamten müßten dann, wenn ihnen eine Gehaltssteuern-Revision ein besseres Einkommen verschaffe, aber auch mehr leisten. Sie könnten hinsichtlich der Arbeitsleistung einen Vergleich mit den Privatbeamten nicht anstellen.

Eine Erhöhung der Vermögenssteuer sei nicht angeht. Wenn der Finanzminister das Geld für die Gehaltssteuern der Beamten nicht auszureichen wisse, müsse eben der Zuschuß aus allgemeinen Staatsmitteln an die Eisenbahn wegfallen. Nach Ansicht des Redners wäre es sehr zweckmäßig, wenn die Bewegung für die Einführung einer Reichsvermögenssteuer endlich einmal befristet würde, dem Vermögens- und Einkommensteuer müsse den Einzelstaaten erhalten bleiben. Das Vermögenssteuergesetz soll einer neuen Bearbeitung auf einer gerechteren Grundlage unterzogen werden.

Hierauf befragt der Redner den Staatsvoranschlag selbst. U. a. geht er des Näheren auf unser Unterrichts-wesen ein. Er findet es als sehr hoch, wenn für unsere Universitäten eine Summe aufgewendet wird, von der auf den Kopf der Bevölkerung 2,4 M. treffe. Die vorgesehene große Beamtenvermehrung scheint in Widerspruch zu stehen mit den früheren Reue beider Häuser des Landtages nach Vereinfachung der Staatsverwaltung. Unter den gegebenen Verhältnissen werde das Haus aber den Vorschlägen der Regierung in dieser Hinsicht zustimmen müssen. Daß in diesem Jahre keine Revision des Gehaltsstarifs erfolge, habe bei den Beamten große Bestürzung hervorgegerufen. Die Beamten werden sich aber beruhigen müssen, nachdem in Aussicht genommen sei, den Gehaltsstarif in zwei Jahren zu revidieren. Wenn im nächsten Landtage die Gehälter der Beamten erhöht werden, soll die Regierung dem Landtage auch einen Gesetzentwurf über die

Man sieht, daß auch bei den Wunderproduktionen im Varieté, wo überall im Leben, „mit Wasser gelöst“ wird. Das satirisch betonte „El des Kolombus“ spielt da oft seine Rolle, und wir erinnern uns des Wortes, das uns so ein Jambertinier nach irgendeinem grünenem Trick scherzend zuruft: „Es ist ganz leicht, nur können muß man.“ Trotz alledem aber soll belächelt nicht gelacht werden, daß nun alles, was vom Publikum mit angebauten Atem auf der Varietéschänke bewundert wird, „nur ein bühnen Schwindel“ sei — es bleibt immer noch rätselhaft, und die erkannten Leistungen in der vielfachartigen Welt des Varietés mehren sich von Tag zu Tag.

Intimes aus einer Theatergründung.

Theaterdirektor Reus contra A. G. Alberttheater. Die Vorgeschichte des großen Senatsänderungsbeschlusses, den der Ernst und Fall erlassene Direktor Reus gegen Vorstand und Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft „Alberttheater“ angestrengt hat und der am Samstag vor dem Dresdner Landgericht seinen Anfang nahm, ohne seine Erledigung gefunden zu haben, ist bekannt. Theaterdirektor Reus, früher Königlich Hofkapellmeister, erworben von der Krone das fähre Königl. Schauspielhaus, das unter dem Namen „Alberttheater“ in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde. Das neue Theater die unter Reus' Leitung binnen einigen Monaten zu künstlerischer Höhe empor und bildete bald einen bemerkenswerten Kunst-

Verbesserung der Bezüge der Aktienaktionäre vorlegen.

Die Unterföhung der Baugenossenschaften sei im Interesse der Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der Beamten sehr zu begrüßen. Desgleichen die Einstellung einer größeren Summe für die Einführung von Kraftwagenlinien. Es müsse darauf gesehen werden, daß die Kreise nicht so hoch seien wie bei den Privatgesellschaften. Der Schluß der einstündigen Rede des Vorsitzenden der Budgetkommission liegt in einer Mahnung zur strengsten Sparsamkeit aus, weil die Anforderungen, die an den Staat gestellt werden, immer größer würden. Namentlich darf der Finanzminister nicht zu unnötigen Ausgaben verleitet werden. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Jentzer (Ztr.) zollt zunächst dem am 2. Januar d. J. hier verstorbenen früheren Finanzminister Dr. Beder großes Lob für sein Wirken, namentlich aber für die Einführung der Ertragssteuer. Vor allem habe dieser Minister immer daran festgehalten, daß die augenblicklichen Ausgaben immer von dem betreffenden Landtag aufgebracht wurden. Das sei das zweite Verdienst des Finanzministers, dem das Haus ein ehrendes Andenken bewahren werde. Wenn auch der Vorsitzende der Budgetkommission, Abg. Kops, nicht im Austrage der Zentrumstraktion und nicht im Austrage der Budgetkommission gesprochen habe, so könne er doch all das, was dieser gesagt habe, vollständig unterschreiben. Erfreulich sei, daß unsere Staatsfinanzen als günstig bezeichnet werden können. Diese Tatsache habe auch in der Ausgestaltung des Staatsbudgets gefunden. Sehr erfreulich sei, daß für den Bau eines neuen Gerichtshauses in Offenburg eine so große Summe eingesetzt worden sei.

Der Redner läßt Kritik an dem auf dem letzten Landtage geschlossenen Geleß über einen Prozentsatz Zuschlag zur Reichserbhäufung, da es nicht angehe, Steuern auf Vorrat einzuführen. Der Finanzminister schlägt vor, aus der Amortisationskasse jährlich 200 000 M. mehr als bisher in die Kasse der allgemeinen Staatsverwaltung zuzuführen. Dies sei nicht zu befürworten. Diese Frage solle in der Budgetkommission noch einmal erwogen werden. Vor allem solle geprüft werden, ob es nicht besser sei, diese 200 000 M. in der Amortisationskasse zu lassen und für dringendere Fälle aufzubehalten. Das Zentrum habe immer den Standpunkt vertreten, daß der Zuschlag von 1½ Millionen an die Eisenbahnausbaubehaltungsfälle wegfallen und unsere Eisenbahn sich auf ihre eigenen Füße stellen soll. Für diesmal werde natürlich die Zentrumstraktion die Summe noch beifügen, in der Zukunft soll aber das Geld besser im Staatshaushalt verwendet werden.

Sodann geht der Redner auf unsere Beziehungen zum Reich ein. Es sei wahrscheinlich, daß sich der Bundesrat recht bald mit der Neuregelung der Patrimonialbeiträge befassen werde. Nach des Redners Meinung liegt hier ein Anlaß zu einer Änderung nicht vor. Weiter verbreitet sich Redner ausführlich über die Ballauschlässe, die heute eine ganz andere Bedeutung als früher haben. Es kommen hier einige Gemeinden der Amtshauptmannschaft und Waldobrunn an der schwäbischen Grenze in Betracht. Für diese Gebiete hat Baden an die Reichsstaatskasse 76 000 M. zu entrichten. Der Finanzminister will diese Gebiete in das deutsche Zollgebiet einschließen lassen. Der Redner ist mit diesem Vorschlag einverstanden.

Au den drei badischen Volksschulen hat der Redner manches auszusprechen. Der Staat sollte mehr für die Volksschule tun. Namentlich sollten die kleinen Gemeinden entlastet werden. Sodann befragt der Redner den Etat des Ministeriums des Innern. Zunächst befragt er die Zurückführung des Hinterlandes gegenüber anderen Bundesstellen. In der Bevölkerung herrsche darüber eine große Erregung. Ein alter Wunsch sei die Verjüngung kleiner Gemeinden mit ärztlicher Hilfe. Die Sparfassen wollen möglichst als Bezirksstellen eingerichtet werden. Es sei anzuerkennen, daß

factor im Dresdner Kunstleben. Dann aber treten zum Nachteil des Justizius Anknüpfungspunkten zwischen Direktor Reus einerseits und Vorstand und Aufsichtsrat des Alberttheaters andererseits ein. Reus vertrat sich mit einer 21 Seiten langen Behauptung an den Aufsichtsrat, dem u. a. auch Staatsrat Arndemann angehört. Reus bestritt sich über den Vorstand der Gesellschaft, Rechtsanwalt Dr. Reiter wegen unzulässiger Eingriffe in die Direktionsgewalt. Es fanden fortgesetzte Reibereien statt und schließlich entschloß sich Vorstand und Aufsichtsrat, Direktor Reus trotz sechsjährigen Vertrages zu entlassen. Gegen seine plötzliche Entlassung hat Reus die Anfechtungsklage erhoben. Der Prozeß, der am Samstag begann, wird, da eine umfangreiche Beweishebung erforderlich ist, erst nach mehreren Verhandlungsterminen zu Ende geführt werden. Jetzt erlangen nur die Rechtsanwältin beider Parteien zu Worte; neue Momente kamen für die Entlassung des Direktors Reus nicht zur Sprache. Direktor Reus hat die ganze öffentliche Meinung, die Presse ohne Unterschied der Partei und selbst den Hoftheaterintendanten Grafen Seebach auf seiner Seite, und mit Recht hat der Vertreter Reus hervor, daß es den Anschein habe, als ob man nachträglich noch nach Gründen zu dieser Entlassung laufe. — Der Prozeß brachte aber schon gleich zu Beginn

sich der Minister diese Fragen zu Bergen genommen habe und seien auch schon Ergebnisse in dieser Hinsicht erzielt worden, besonders im Oberland. Das Unterland sei hier etwas schwieriger. Dringend notwendig sei ferner eine Änderung des Kreiswahlrechts. Dem nächsten Landtag soll ein entsprechender Gesetzentwurf vorgelegt werden.

Zur Frage des Proportionalwahlrechtes könne er keine Stellung nehmen und zwar weil die Zentrumstraktion noch keine Zeit gehabt habe, sich mit der Denkschrift der Regierung zu befassen. Die Idee dieses Wahlrechts habe große Schwierigkeiten, wenn man sie in die Praxis umsetzen wolle. Der Redner schlägt vor, diese Denkschrift einer besonderen Kommission zur Beratung zu überweisen. Nun stellt der Redner die üblichen politischen Betrachtungen an. Das Ergebnis der Landtagswahl habe eine Verschlebung nach rechts gebracht. Am Schluß der Reden habe man 30 Großblöckler gezählt, aber bei der Präsidentschaftswahl haben verschiedene Abgeordnete der nationalliberalen Partei bereits sich als Großblöckler gezeigt. Wie das komme, wisse man nicht. Das Zentrum werde sich bei der nächsten Wahl überlegen, ob es die Politik der Sammlung längerlicher Parteien fortsetzen werde.

Dann ging er auf den Fall Messenhausen ein, wo einer Schneider nicht die Erlaubnis erteilt wurde, Handarbeitunterricht zu geben, weil sie in Baden die notwendigen Examinats nicht abgelegt hatte. Die ganze Gemeinde sei der Ansicht, daß dies nicht den Intentionen der Bevölkerung entspricht.

Den größten Raum nimmt die Besprechung der Jesuitenfrage ein. Eingehend schildert der Redner die durch einen Erlass des bayerischen Ministeriums bewirkte Aufrollung dieser Frage und das Verbot des ferneren Auftretens des Jesuitenpater's Cohausz in Freiburg i. B. Dieses Vergehen habe mindestens den Anschein einer ganz unnötigen Schärfe gegen den Vater Cohausz. Noch schlimmer verhalte sich die Sache in Würzburg, wo dem gleichen Jesuitenpater verboten worden sei, einen Vortrag über die Wahrheit des Jesuitenordens abzuhalten. Das sei kein religiöser, sondern ein religionswissenschaftlicher Vortrag. Religionsgeschichte, Religionswissenschaft sei nicht identisch mit Religion. Daher könne man nicht verstehen, wie die beiden Minister (Dr. von Bodman und Dr. Böhm) zu einem Verbot dieses Vortrages kommen könnten. Dieses Verbot verstößt gegen den Wortlaut des Gesetzes.

Daraus dürfte die Regierung ersehen, daß es Zeit ist, das Jesuitengesetz aufzuheben. Zum mindesten müsse der Bundesratsbeschluss vom 8. November 1912 aufgehoben werden.

Im Anschluß hieran tritt der Redner für die Zulassung von Rüstern in Baden ein. Kurz freist der Redner dann den Fall Stritt-Bruchsal ohne aber einen Namen zu nennen. Hierauf geht er auf die Ringerhältnisse ein. Den Gerichten habe man in der letzten Zeit eine Menge minderwertiger Arbeit aufgebürdet, die mit der Justiz nichts zu tun habe. Die Handelspolitik, die sich glänzend bewährt habe, soll fortgesetzt werden. In der Sozialpolitik müsse nun nicht mehr für die Arbeiter allein, sondern auch für die Unternehmerrchaft gearbeitet werden, namentlich für unsere Handwerker und für den Mittelstand. (Beifall im Zentrum.)

Hierauf wird die Sitzung um 1 Uhr abgebrochen. Nächste Sitzung am Mittwoch vormittag 9 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen.

Der Ausstand in Südafrika.

w. Boomfontein, 13. Jan. Die ganze aktive Miliz und die Bürgerwehr halten das ganze Eisenbahnen vom Dranie bis zum Valsburg unter Besatzung. Die Haltung der Streikenden ist ruhig.

Insimes aus der Alberttheater-Gründung.

Rechtsanwalt Dr. Solomon betont, daß nach schon bei der Gründung des Alberttheaters ein bedeutliches Minder angeordnet habe, indem man die Aktien zu 100 M. für 107 M. an die Aktionäre herausgegeben habe. Die Aktionäre hätten keine Abnung haben gehabt, daß die 7 Proz. Agioerlösn nicht in die Geschäftskasse fließen, sondern in die Taschen der Geldher. Diese 7 Prozent bildeten die Gründungsprovision in Höhe von 66 000 M. Dieser „Gründerlohn“ sei allein die Quelle aller Differenzen, wenn man habe Direktor Reus an dieser Gründungsprovision nicht teilnehmen lassen. — Eine große Sensation rief ferner die Mitteilung eines Aufsichtsratsmitgliedens hervor, daß das Alberttheater schon Anfang Dezember vor einer schweren finanziellen Krise stand! Prof. Dr. Winter schrieb am 8. Dezember 1913 an Frau Direktor Reus folgendes: „Das Alberttheater ist jetzt bereits zahlungsunfähig, wenn Dr. Reiter, der Vorstand, nicht die 200 000 M. ausbezahlt erhält, die man ihm von verschiedenen Seiten als 2 Quotitel zugesagt hat.“ — Wenig großes Aufsehen machte die Mitteilung Reus' über angebliche Aufwendungen beim Umbau des Alberttheaters. Die Gesellschaft soll beim Bau des Theaters 200 000 Mark mehr verauslagt haben als vorgeesehen worden und sie soll ferner hinter dem Rücken der Aktionäre eine Resopalte von 20 000 Mark auf das Grundkapital aufgenommen haben. Der Aufsichtsratsmitglied Dr. Winter solle ursprünglich den Umbau

Stimmen aus dem Publikum.

Was die verehelichte Verwaltung des Hofgartens... n... die Zeit, im diesjährigen Tanzprogramm...

Neues aus Ludwigshafen.

Waldwirthschaft, 12. Jan. Das 3/4 Jahre alte... in der Rheinstraße hat gestern Nachmittag...

Aus dem Großherzogtum.

Heidelberg, 12. Jan. Wegen stiller... Verletzungen, begangen an Kindern von 8-12...

Heidelberg, 12. Jan. Der Schneeeisbruch im Stadtwald hat wochenverlangt... einen Entschluß auf den Abbruch...

leite zu bringen verlor, wurde er von dem... hinterlassenden Mannheimer Auto erfahrt...

Redargerach, 12. Jan. In der Nacht... von Samstag auf Sonntag wurde hier ein großer...

Waldheim, 11. Jan. Der Gemeindevorstand... beschloß, den Umlagefuß für das laufende...

Osterburken, 12. Jan. Die Einbrecher, die in Redargerach ihr Unwesen... trieben und die dortige Kirche ausraubten...

Willingen, 11. Jan. Der Anklagere... in dem Prozeß gegen den Oberst von Heuter...

Görsch (H. Waldobau), 12. Jan. Der... seit Juli 1912 in der hiesigen Seidenfabrik...

Wangen, 12. Jan. Einem... furchtbaren Unfall haben heute früh vier...

find: Hugo und Anton Ruf, August Bülle und... August Schmitt. Sämtliche Kammen aus...

Pfalz, Hessen und Umgebung.

Oggersheim, 12. Jan. Auf dem... Weiber bei dem Festzuge brachen gestern drei...

Neustadt a. S., 12. Jan. Eine... bielle Kollie wurde am sogenannten...

Enzheim i. Kf., 11. Jan. Auf eine... schreckliche Weise kam gestern Abend ein...

Gerichtszeitung.

Wannheim, 9. Jan. Strafkam... mer H. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor...

Der 27jährige Arbeiter Christian H., der... der Verhandlung Strauß beschäftigt war...

Königlich wurde der Major Joh. Hiermer... wegen Abbruch dreier Pfeilstiche abgesetzt...

Der 44jährige Maler Hermann Bieble aus... Karlsruhe ist wegen Betrugs angeklagt...

Tägliche Sport-Zeitung

Vom Wetter und Wintersport.

Schneefälle und kalte Nächte. Die Witterung ist mit Beginn der Woche... die Witterung ist mit Beginn der Woche...

Wald und verunreinigt verschlammte Wege, wobei... der Junge der Schneeflocke mit 5 bis 6 Zentimeter...

h. Einzelmeldungen. Derselbe: 30 bis 12... Jan. Schnee, 9 Grad kalt, wollos, St. und...

Wintersport. Bobleighrennen zu Triberg. Der Bobleigh... sind Schwanzschiffen veranstaltet auf einer...

Die Skimeisterschaft von Mitteldeutschland... den Ehrenpreis des Wintersport von Sachsen...

Wachte als interessanteste Konkurrenz einen... Pattenski-Lauf. Dieser Lauf wurde hauptsächlich...

Der Esslinger Sports-Klub 'Freuden' ver... einbietet am 18. Januar zum ersten Male im...

Handels- und Industrie-Zeitung

Rheinische Automobil-Ges. A.-G., Mannheim.

In der heute vormittag 11 Uhr im Sitzungssaale der Rheinischen Creditbank abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung der genannten Gesellschaft waren 1246 Aktien durch 20 Aktionäre vertreten.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Herr Hofrat H. A. Marx eröffnete die Sitzung mit folgender Ansprache:

„Ehe wir in die Tagesordnung eintreten, liegt mir die schmerzliche Pflicht ob, des Heimanges des leider verstorbenen Mitgliedes unseres Aufsichtsrates, Herrn Geheimrat Dr. Carl Reiß, zu gedenken, durch dessen Ableben unserer Gesellschaft ein großer Verlust entstanden ist. Der Verstorbene war ein treuer Anhänger des Automobils und hat die Entwicklung und die Angelegenheiten unserer Gesellschaft stets mit dem warmsten Interesse verfolgt. Das Bild des seltenen Mannes wird bei uns unauslöschlich weiterleben. Ich bitte Sie, sich zum ehrenden Andenken des Verstorbenen von Ihren Sitzen zu erheben.“

Nachdem die Anwesenden dieser Aufforderung gefolgt waren, führte der Herr Vorsitzende aus: „Ich konnte in der letztjährigen Generalversammlung, welche im November 1912 stattfand, an dieser Stelle mitteilen, daß die unsichere politische Lage bis dahin einen ungünstigen Einfluß auf den Absatz unserer Gesellschaft nicht ausgeübt hätte, es wäre jedoch zu wünschen, daß in Bälde Ruhe und Klarheit in der Politik einträte, da eine dauernd komplizierte politische Situation schließlich nicht ohne Einfluß auf unseren Absatz bleiben könnte.“

Das, was ich damals als Befürchtung aussprach, ist leider eingetreten. Die kriegerischen Entwicklungen auf dem Balkan haben noch lange bis in das Jahr 1913 andauernd und die nachteiligen Folgen, die dadurch für unser gesamtes Wirtschaftsleben eingetreten sind, sind Ihnen allen ja bekannt. Die Besserung der Wirtschaftslage nach Beendigung der Balkanwirren ist bisher nicht in dem Maße eingetreten, als man dies erwartet hatte. Die Geldmarktverhältnisse haben sich zwar erheblich günstiger gestaltet, jedoch ist infolge der großen Bedürfnisse, welche das Reich, die Einzelstaaten und Kommunen an den Geldmarkt stellen, nicht abzusehen ob die Besserung der Lage des Geldmarktes andauern wird.

Die Automobilindustrie selbst ist in ihrer Entwicklung auch im abgelaufenen Jahre weiter vorangeschritten. Allerdings haben sich die Umsatzziffern im vergangenen Jahre nicht in dem gleichen Maße erhöht, wie dies im Jahre 1912 der Fall war. Unsere Gesellschaft ist auch nicht in der gleichen Lage, wie eine Fabrik, welche, sobald der Absatz im Innlande nachläßt, durch gesteigerten Export einen Ausgleich schaffen kann. Wir sind als Vertriebs-Gesellschaft auf bestimmt abgegrenzte Bezirke angewiesen. Innerhalb glaube ich nicht, daß man allzu schwarz in die Zukunft zu sehen braucht, da m. E. ein großer zurückgehaltener Bedarf an Kraftfahrzeugen besteht, der, sobald bessere Zeiten eintreten, in starkem Maße hervortreten wird und es kann nicht zweifelhaft sein, daß unserer Gesellschaft, vermöge ihrer ausgedehnten und vorzüglich funktionierenden Organisation und vermöge der großen Anhängerschaft, welche die Marke Benz überall hat, ein erheblicher Anteil davon zufließen wird.

Auch erwarten wir, wie dies im gedruckten Geschäftsbericht erwähnt ist, von dem Absatz von Benz-Gaggenau Last- und Lieferwagen auch weiterhin eine wesentliche Steigerung.“

Nach diesen allgemeinen Ausführungen wurde von einer Vorlesung des Geschäftsberichts Abstand genommen, doch erbat Herr Dr. Werner, Mannheim Auskunft über das Verhältnis des Umsatzes und des Reingewinns zwischen Mannheim und der Zweigniederlassung in Berlin und über Zahl und Buchwert der im Besitz der Gesellschaft befindlichen gebrauchten Kraftwagen. Der Herr Vorsitzende hob in seiner Antwort hervor, daß diese Fragen interne Angelegenheiten der Gesellschaft berühren und darum nicht so beantwortet werden könnten, wie sie gestellt seien. Er könne jedoch mitteilen, daß die Zweigniederlassung in Berlin sich günstig entwickelt und daß die Zahl der im Besitz der Gesellschaft befindlichen gebrauchten Kraftwagen außerordentlich gering sei, so daß ihr Buchwert im Vergleich zu den Mitteln der Gesellschaft garnicht in Frage komme. Hierauf wurden sämtliche Punkte der Tagesordnung einstimmig per Akklamation genehmigt. Die Gesellschaft verteilt somit pro 1912/13 eine Dividende von 10 Prozent oder M. 100 pro Dividendenkupon.

Dem Geschäftsbericht entnehmen wir noch folgende Einzelheiten: Der Brutto-Gewinn in 1912/13 betrug M. 904.094,67. Hiervon wurden für Generalunkosten und Abschreibungen M. 573.559,24 verausgabt, so daß ein Reingewinn von M. 330.535,43 übrig bleibt. Der Gewinnvortrag aus 1911/12 betrug M. 134.390,97, so daß im ganzen M. 464.926,40 zu verteilen waren. Hiervon erfordert die Dividende auf das um eine halbe auf 2 1/2 Mill. M. erhöhte Aktienkapital Mark 250.000, an Tantien und Gratifikationen wurden M. 72.016,34 gezahlt, einem für die Aktionäre zur Bestreitung der Talonsteuer errichteten Konto Mk. 5000 gutgeschrieben und der Rest von M. 137.910,06 auf neue Rechnung vorgetragen.

Ergänzend bemerken wir noch, daß das ursprüngliche Aktienkapital der Gesellschaft Mark 500.000 betrug. Am 31. Januar 1906 wurde das Kapital um M. 500.000 erhöht, am 27. März 1907 um M. 1.000.000 und schließlich am 28. Nov. 1912 um M. 500.000, so daß das gesamte Aktienkapital 2 1/2 Mill. Mark beträgt. Die Gesellschaft hat seit ihrem Bestehen folgende Dividenden gezahlt:

1906/07	10 %
1907/08	6 %
1908/09	7 %
1909/10	10 %
1910/11	13 %
1911/12	15 %
1912/13	10 %

Die Durchschnittsdividende für diese sieben ersten Geschäftsjahre beträgt somit 10 %, wobei freilich zu berücksichtigen ist, daß die Aktionäre ihren Aktienbesitz mehrfach mit einem Aufgeld erwerben mußten.

Öffentliche Finanzen.

Deutsche Stadtanleihen.

In der abgelaufenen Woche haben drei Zeichnungen auf 4proz. deutsche Anleihen stattgefunden, nämlich am 5. d. M. auf 1,5 Mill. M. der Stadt Herne zum Kurse von 93 1/2 Prozent, am 6. d. M. auf 3,5 Mill. M. der Stadt Kottbus zum Kurse von 94 1/2 Prozent und am 8. d. M. auf 4 Mill. M. der Stadt Darmstadt zum Kurse von 94 Prozent. Alle drei Anleihen sind stark überzeichnet worden. Morgen findet die Zeichnung auf 8 Mill. M. 4proz. Anleihe der Stadt Dortmund zum Kurse von 93,80 Prozent statt und nach den bei den Emissionsfirmen eingegangenen Voranmeldungen erscheint auch in diesem Fall ein voller Erfolg gesichert. Für den 10. d. M. ist die Zeichnung auf 10 Mill. M. 4proz. Anleihe der Stadt München zum Kurse von 94 1/2 Prozent angekündigt, die voraussichtlich gleichfalls ein gutes Ergebnis erzielen wird. — Ferner läuft heute der Submissionstermin ab auf 8 Mill. M. 4proz. Anleihe der Stadt Mainz und auf 7 Millionen M. 4proz. Anleihe der Stadt Offenbach. Morgen folgt die Submission auf 10 Mill. Mark 4proz. Anleihe der Stadt Magdeburg. Angesichts der günstigen Zeichnungsergebnisse in der vorigen Woche und bei der herrschenden Geldflüssigkeit ist anzunehmen, daß bei der bevorstehenden Uebernahme der drei neuen Stadtanleihen ein wesentlich lebhafterer Wettbewerb hervortreten wird als in den letzten Jahren, wo bei den Stadtverwaltungen Submissionsangebote meist nur von zwei, höchsten drei Bankgruppen eingingen.

Geldmarkt, Bank- und Börsenwesen.

Der Argentinische Geldmarkt und die Herabsetzung der Diskontsätze in Europa.

Die Nachricht von der Herabsetzung des Diskontsatzes der Deutschen Reichsbank um 1/2 Prozent hat bei den hiesigen recht trüben Geldverhältnissen gewirkt wie der erste warme Frühlingstag nach langem kaltem Winter. Die in diesem Jahre besonders reichlichen Goldverschiffungen von hier nach Europa, die Einschränkung des allerdings wohl etwas zu freigebig gewährten Kredites seitens der großen von ihren europäischen Zentralen abhängigen Banken hatten hier Verhältnisse erzeugt, die manchem nicht sehr sicher auf den Beinen stehenden Geschäft schwere Stunden, wenn nicht das Ende bereitet haben. Jetzt hofft man, daß von den großen Reserven, die hiesige Nachrichten zufolge bei der Reichsbank 108.000.000 Mark größer sein sollen, wie am gleichen Tage des Vorjahres, auch wieder etwas hierher kommt und etwas Luft gibt. So zeigt sich denn auch die hiesige Börse seit einigen Tagen, wie ein nach schwerer Krankheit Genesender.

Frankfurter Effektenbörse.

Frankfurt a. M., 13. Jan. Die Geschäftstätigkeit hielt sich bei Eröffnung in engen Grenzen. Die Börse wurde zwar zunächst durch die besseren Meldungen von amerikanischen Eisenmarkt beeinflusst und zeigte auf dem Gebiet der Montanpapiere ein festes Aussehen. Gelsenkirchen, die gestern auf Tauschoperationen höher notierten, erfuhren mäßige Kursbesserungen. Interesse bestand für Phoenix, Deutsch-Luxemburger und Bochumer, die mäßig anzogen. Die Umsätze in Transportwerten waren sehr bescheiden. Amerikanische Bahnen zeigten ein lustloses Aussehen. Oesterreichische Bahnen konnten sich behaupten. Schifffahrtsaktien unterlagen nur geringen Schwankungen. Lloyd und Pakelfahrt behaupteten den Kurs. Bankaktien zeigten mit wenig Ausnahmen ein unverändertes Aussehen. Disconto und Deutsche Bank fest. Elektroaktien behaupteten ihren Kurs. Schockert erfuhren nur mäßige Abschwächungen. Edison besser gehalten. Am Kassamarkt der Rentenwerte neigten Russen im Anschluß an die Pariser Börse zur Abschwächung. Mexikaner standen vereinzelt im Angebot. Heimische Anleihen ungleichmäßig. Am Kassamarkt für Dividendenwerte war die Haltung behauptet. Nach Eröffnung trat weitere Geschäftstätigkeit ein. Die Nachrichten über die Streikbewegung in Johannesburg verstimmten die Börse. Erwähnenswert ist die feste Tendenz der chemischen Werte. Naphta Nobel verloren 4%. Später trat Abgang ab in 3% und 3proz.igen Reichsanleihen und preußischen Konsols ein; auf den übrigen Gebieten traten geringe Kursveränderungen ein. Kredit 204, Diskonto 188%, Dresdener 153%, Lombarden 22%, Baltimore 90%, Phoenix 233%.

Berliner Effektenbörse.

Berlin, 13. Jan. (Fondsbr.) Die Börse litt auch heute unter der Geschäftslust. Die Kursbewegung hielt sich in engen Rahmen. Innerhalb war namentlich bei Beginn des Verkehrs festzustellen, daß Meldungen aus der amerikanischen Industrie über Preisserhöhungen für einzelne Fabrikate und über die zunehmende Beschäftigung der Stahlwerke, sowie auch die Zeitungsnachrichten über eine Erhöhung des Grundpreises für Feinbleche seitens der Lotharinger Hüttenwerke die Wendel am Montanmarkt einen gewissen Rückhalt boten, teilweise auch mäßige Kurserhöhungen zur Folge hatten. Regeres Interesse wendete sich wieder Gelsenkirchenern zu, ohne daß von authentischer Seite etwas Sicheres über die Ursache der höheren Bewertung des Papiers zu erfahren war. Das Geschäft in Schifffahrtsaktien trug der Stempel der Unsicherheit. Es zeigte sich darin die Ungebilligkeit bezüglich des Ausgangs der Vorverhandlungen wieder. Elektrowerte gaben vorwiegend um Bruchteile eines Prozentes nach, nur Siemens-Halske waren bei etwas erhöhten Kursen begehrt.

Prince Henry-Bahn verloren auf die Mindereinnahme in der ersten Dekade des neuen Jahres 1 Prozent.

Canada setzten höher ein, gaben dann aber später, als die schwächeren Tendenzmeldungen aus London einliefen, wieder nach. Der vorherrschende Mißmut wird genährt durch die Besorgnis, daß die Wirren in Albanien und die Lösung der türkischen Inselfrage noch Schwierigkeiten im Gefolge haben dürften. Die Kurse neigten daher weiterhin unter kleinen Schwankungen mäßig nach unten. Orientbahnen büßten 1 Proz. ein. Asow-Don-Kommerzbank stellten sich gleichfalls 1 Prozent niedriger. Ostarvinen konnten ihre Festigkeit behaupten. In österreichischen Werten war das Geschäft bei kaum veränderten Kursen sehr gering. Tägliches Geld 2 Proz. und darunter.

Der offizielle Verkehr schloß bei unbedeutenden Schwankungen träge. Etwas lebhafter wurden Gelsenkirchen umgesetzt bei anziehenden Kursen. Bei schwacher Tendenz machte der Abbröckelungsprozeß an der Nachbörse Fortschritte. Industriewerte des Kassamarktes ungleichmäßig. Für Waffenfabrik bestand lebhaft Nachfrage. Deutsche Waffen 13 Proz. höher. Privatkonto: 3 1/2 Proz.

Handel und Industrie.

Zollfreie Einfuhr mehltaltiger Kleie aus Rußland.

Der Vorstand des Deutschen Landwirtschaftsrats hat an die Reichsregierung und die preußischen Ministerien die dringende Bitte gerichtet, Maßnahmen zu treffen, welche die betrügerische zollfreie Einfuhr von mehltaltiger Kleie aus Rußland unmöglich machen. Da von verschiedenen Seiten dieser Vorgang fälschlich in Zusammenhang mit dem System der Einfuhrscheine gebracht und die dolose Einfuhr mehltaltiger Kleie den Getreideeinführern zur Last gelegt ist, wird in der Eingabe des Landwirtschaftsrats ausdrücklich darauf hingewiesen, daß das System der Einfuhrscheine an sich mit der zollfreien Einfuhr mehltaltiger Kleie nichts zu tun hat. Die betrügerische Einfuhr mehltaltiger Kleie ist nicht nur als ein schwerer Uebelstand für unsere binnenländische Mühle- und Landwirtschaft, sondern auch im dringendsten Interesse der Reichskasse mit größerer Strenge als bisher zu bekämpfen.

Deutsche Erdöl-A.-G.

Am 9. Januar fand in London die ordentliche Generalversammlung der Premier Oil and Pipeline Co. Ltd., London, statt, an der bekanntlich die Deutsche Erdöl-A.-G. durch Besitz von Vorzugsaktien beteiligt ist. Da die Auszahlung der Stimmen für die einzelnen Anträge am 9. Januar nicht mehr stattfinden konnte, ist ein besonderer Auszahlungstermin auf den 26. Januar 1914 angesetzt worden. Es ist, wie aus London gemeldet wird, mit Sicherheit zu erwarten, daß sich das Vorhandensein einer Mehrheit für die Genehmigung der Bilanz ergeben wird, und daß die verschiedenen Anträge der sich aus einem Teil der Stammaktionäre zusammensetzenden Opposition abgelehnt werden.

Erste Russische Superphosphatfabrik in Mählgraben bei Riga.

Infolge des Aufschwungs des Ackerbaues in Rußland weist der Verbrauch an Düngemitteln in den letzten Jahren eine starke Steigerung auf, so daß die einheimische Erzeugung den Bedarf lange nicht decken kann und große Mengen eingeführt werden müssen. Die Einfuhr ist in diesem Stiegen begriffen; im Jahre 1910 wurden 7.358.000 Pud, 1911 9.426.000 Pud und 1912 11.492.000 Pud eingeführt. Die schwedischen Superphosphatfabriken sind an dieser Einfuhr beteiligt gewesen. Infolge des sehr hohen Zolles sieht man sich jedoch in Rußland veranlaßt, die Herstellung zu vergrößern. Dem Chef der schwedischen Emission-A.-G. ist es jetzt gelungen, mehrere Fabrikannten und Geldmänner in Schweden für die Sache zu interessieren. Die größte und bedeutendste Fabrik in diesem Fache, nämlich die Erste Russische Superphosphatfabrik in Mählgraben (bei Riga), steht jetzt nach dem Erwerb der Aktienmehrheit unter schwedischer Leitung. Dem Personal wird eine Anzahl fähiger Schweden zugeführt werden. Man hofft, binnen kurzem die Erzeugungsleistung der Fabrik auf das Doppelte bringen zu können und zwar auf etwa 4.000.000 R.

Pfälzische Schuhindustrie.

Ueber die Lage der pfälzischen Schuhindustrie äußert sich der Jahresbericht des Handelsvereins Pirmasens u. a. wie folgt: Das Wirtschaftsjahr stand im allgemeinen im Zeichen der rückgängigen Konjunktur. Besonders für die Schuhindustrie brachte es schwierige Verhältnisse. Zu dem Mißgeschick des allgemeinen Konjunkturrückganges trat die riesige Verteuerung des Rohmaterials (Leder). Im Schuhdetallhandel verschlimmerte sich die Lage durch die Vermehrung von Fabrikfilialen und Ausbreitung des Einheitspreissystems. Die Verkaufspreise konnten nicht der Erhöhung der Selbstkosten entsprechend festgesetzt werden. Der rasche Modewechsel und die Höhe des Diskonts (6 Prozent während fast des ganzen Jahres) dabei steigende Löhne und Steuern, sowie sonstige Lasten schmälerten den Verdienst. Die Aussichten für dieses Jahr sind bisher ebenfalls wenig günstig. In der Lederfabrikation und im Lederhandel war das Geschäft zwar lebhafter als im Vorjahr, doch wenig gewinnbringend wegen des hohen Lederaufschlages.

W. C. Die Kapitalbewegungen der Montanindustrie im Jahre 1913.

Die Unternehmungslust der Montanindustrien blieb im letzten Jahre unter dem Niveau des Vorjahres. Allerdings betrug die für die Begründung neuer Unternehmungen angeforderten Geldmittel 30,27 Millionen Mark, eine Ziffer, die seit dem Jahre 1906 nicht häufig überschritten worden ist; dagegen wurden die Kapitalserhöhungen so stark eingeschränkt, daß die im vergangenen Jahre für Neuinvestitionen insgesamt angewendete Summe sich nur auf 74,34 Mill. Mark belief. Im Vorjahre berechnete sich die Vergleichsziffer auf 158,68 Millionen Mark. Ein Bild der Unternehmungslust im Laufe der Jahre

1906 bis 1913 erhält man aus nachstehender Zusammenstellung:

Jan.-Dez.	Neugründungen	Kapitalserh.	Summe d. Neuh.
	in Millionen Mark		
1906	107,52	149,59	257,11
1907	38,07	70,78	108,85
1908	28,07	82,18	110,26
1909	46,67	93,15	139,83
1910	16,54	151,67	168,21
1911	7,54	107,91	115,45
1912	28,01	130,67	158,68
1913	30,27	44,08	74,34

Die Entwicklung der Neuinvestitionen zeigt, daß der Umfang der Neugründungen und Kapitalserhöhungen während der Krisenjahre 1907 und 1908 immerhin noch bedeutender war als im Berichtsjahre. In nicht ganz ähnlicher Weise verläuft auch die Kursbewegung der Montanaktien. Nach dem relativen Tiefstand der Kurse während der Jahre 1907 und 1908, gingen die Papiere beim Wiederbeginn der flotteren Konjunktur kräftig in die Höhe, zeigten aber noch mitten in der Hochkonjunkturperiode unter dem Einfluß der angespannten Geldmarktverhältnisse sinkende Tendenz und erreichten am Ende Dezember 1913 den durchschnittlichen Stand von 157,07 Prozent. In den Jahren 1906 bis 1913 berechneten sich die Durchschnittskurse der Montanaktien am Ultimo Dezember, wie folgt:

Ende Dezbr.	Kurs	Ende Dezbr.	Kurs
1906	227,25	1910	201,15
1907	190,81	1911	206,73
1908	183,53	1912	189,25
1909	212,77	1913	157,07

Für die Monate März, Juni, September und Dezember der letzten beiden Jahre ergaben sich nachstehende Vergleichsziffern in Prozent:

	März	Juni	Sept.	Dezbr.
1912	200,00	194,01	208,54	189,25
1913	191,91	185,73	188,91	157,07

Die Obligationen von industriellen und Bergwerksobligationen zeigten während der gleichen Periode folgenden Stand in Prozent:

	März	Juni	Sept.	Dezbr.
1912	98,94	98,71	98,34	97,25
1913	96,80	95,94	96,19	96,22

Mithin ist das durchschnittliche Kursniveau der Montanaktien seit Ende Dezember 1912 um 2,18 Prozent gesunken, während die prozentuale Abnahme bei den industriellen- und Bergwerksobligationen in diese Zeit 1,06 Prozent beträgt.

Verkehr.

Rheinschiff.

Mannheim, 10. Jan. Das im Verlag des Dr. H. Haas'schen Buchdruckerei erscheinende „Rheinschiff“ berichtet: Der Wasserstand des Rheins ist steigend und die schlecht gewordenen Fahrwasserhältnisse, besonders des Oberrheins, bessern sich wieder. Nach Straßburg und Kehl kann heute mit einem Tieflieg der Schiffe von etwa 1,65 m, nach Karlsruhe mit etwa 2,10 m und durchs Gebirge mit etwa 2,30 m gefahren werden. — Der Schiffsverkehrsverkehr bergwärts ist wie immer nach den Feiertagen sehr beschränkt. Eingermessen lebhaft ist nur die Verschiffung von Stückgut und Getreide. Gering sind dagegen die Verladungen von Ruhrkohlen. Englische Kohlen kommen seit Wochen fast überhaupt keine mehr an. Von ausländischem Holz kommt fast ausschließlich amerikanische Ware zur Einfuhr und dies ist nur gering. Nordische Hölzer fehlen nunmehr ganz und werden auch bis Mai dieses Jahres fehlen, da die Ostseeahrt bis zu diesem Zeitpunkt geschlossen ist. Die übrigen Zufuhren bestehen zur Hauptsache aus Schwefelholz, Salpeter, Gips, Pech, Eisen, Rohseisen, Eisenwaren, Zucker, Rohzucker, Schwefel, Oel, Petroleum, Braunkohlenbriketts usw. — Die Lage am Bergschiffmarkt ist auch weiter flau geblieben und die Frachtsätze sind in Rotterdam sogar weiter zurückgegangen. Für große Ladungen Eisenerz nach der Ruhr wird bei vierter Löschrift nur noch eine Fracht von 27,5 ets. und bei halber Löschrift von 37,5 ets. bewilligt. Die Schwergutfracht nach Mannheim steht etwa auf fl. 1,10, alles für die Last von 2000 Kilogramm. In den Ruhrhäfen steht die Bergfracht nach Mainz-Gustavsburg auf 75 Pfg., nach den Mainplätzen bis Frankfurt auf 85 Pfg., nach Mannheim-Rheinau auf 75 Pfg., nach Karlsruhe auf 95 Pfg., nach Lauterburg auf 105 Pfg., nach Kehl und Straßburg auf 135 Pfg. für die Tonne. Es herrscht nur sehr wenig Nachfrage nach leerem Schiffsraum, da die Reedereien mit ihrem eigenen Schiffsraum auskommen. Es liegt daher besonders in den Ruhrhäfen und in Rotterdam eine große Anzahl von leeren Fahrzeugen, die eine Reise suchen. Die Bergschiffplöhne werden notiert Rotterdam-Ruhr 30 ets.-Tarif, Ruhr-Mannheim für Schiffe von 350-400 t 85 Pfg., für Schiffe von 400-600 t 80 Pfg., für Schiffe von 600-1200 t 75 Pfg., für Schiffe über 1200 t 70 Pfg. pro Tonne. Nach Mainz-Gustavsburg 10 Pfg. pro Tonne weniger. Schlepplohn Mainz-Mannheim 10 Pfg., Mannheim-Karlsruhe 25-30 Pfg., Mannheim-Kehl und Straßburg 70-75 Pfg. pro Tonne. — Auch am Talfrachtenmarkt ist die Lage gleich schlecht geblieben. Es wird nur wenig verladen. Die Talfracht für Salz, Abbrände, Eisen usw. ab Mannheim-Ludwigshafen nach der Ruhr steht auf 3-3,5 Pfg. pro Zentner. Schwarzwälder Holzschiffware wird ab Karlsruhe ebenfalls nur wenig verladen. Die Holzfracht steht von Karlsruhe nach Köln, Düsseldorf, Duisburg und Umgegend auf etwa 18 M. pro 10 t. Schiffe zu Tagesmieten oder zu Jahresmieten werden nur in den seltensten Fällen zurzeit angenommen. — Die Talfrachtenplöhne werden 10 Prozent unter dem Normaltarif notiert. Schiffe für die zweite Schifflänge werden mit einem Rabatt von 5 Prozent befördert. Es ist reichlich Schleppekraft vorhanden und viele Boote müssen oft mehrere Tage warten, bis sie mit einem Talzug, der auch dann meistens noch unvollständig ist, abfahren können. — Die Neckarschiffahrt ist im Gange und der Neckar langsam steigend. Es kommen zurzeit große Mengen Salz von Jagstfeld und Heilbronn talwärts nach Mannheim getrieben, woselbst eine von den Neckarschiffen in Rheinschiffe zum Weitertransport rheinabwärts überschoben werden. Ferner kommen talwärts Steine, Gips und Stückgut. Bergwärts gehen meist Kohlen — Stückgut.

